



LANDKREIS
GIFHORN.
ALLES IST DRIN.

Programm zur Kommunalwahl 2021



Inhaltsverzeichnis

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	1
Mobilität und Verkehr	7
Landwirtschaft	14
Tierschutz	15
Bauen und Wohnen	16
Abfallwirtschaft	18
Bildung	19
Kommunale Sozialpolitik	22
Moderne Verwaltung	26
Kommunale Wirtschaftspolitik	28
Finanzpolitik	30

**Alle
Stimmen
Grün**



Eine Einladung

Liebe Bürger*innen des Landkreis Gifhorn,

mit dem vorliegenden Wahlprogramm möchten wir Sie dafür gewinnen, bei der Kommunalwahl am 12. September 2021 Ihre Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geben.

Wir GRÜNE wollen wachsen, denn der Landkreis Gifhorn braucht mehr Grün: Grüne Ideen, Grüne Politik und Grüne Vertreter*innen in den Gremien. Die Herausforderungen, vor denen der Landkreis steht, sind riesig. Der Klimawandel, die „Nach-Corona-Zeit“ und die demographische Entwicklung sind nur drei Beispiele aus dem Katalog der Zukunftsaufgaben unseres Landkreises. Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass politische Maßnahmen trotz der globalen Dimension eines Problems auch im Kleinen wirksam sind: „Global denken – lokal handeln.“

Wir GRÜNE setzen Schwerpunkte bei Bildung und Gerechtigkeit. Deshalb wollen wir viel Geld in die Schulen, die frühkindliche Bildung und Betreuung investieren. Wir engagieren uns für einen leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr. Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf die kommunale Klimaschutzpolitik. Deswegen fördern wir energetische Gebäudesanierung, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energie vor Ort sowie die umweltschonende und nachhaltige Beschaffung in der öffentlichen Verwaltung. Nachhaltig gestalten wollen wir auch die Finanzen - so sollen weder die heutigen noch die kommenden Generationen übermäßig durch unser heutiges Handeln belastet werden. Das heißt aber auch, dass der kommunale Investitionsstau dringend abgebaut werden muss. Nur so sind schwarze Zahlen im Haushalt nachhaltig realisierbar.

Wir GRÜNE wollen eine lebendige Demokratie vor Ort. Die Menschen in unserem Landkreis brauchen vielfältige Möglichkeiten zum Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden. Die lokale Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürger*innen an den wichtigen Entscheidungen.

Wir GRÜNE wollen eine offene Gesellschaft, in der Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber queeren Menschen keinen Platz finden. Hieraus leitet sich z.B. unsere Einstellung gegenüber Geflüchteten ab. Als Flächenlandkreis, in dem die Landwirtschaft auch weiterhin eine bedeutende Rolle einnimmt und einnehmen soll, sind für uns auch Tierschutz, Biodiversität und gesunde Ernährung wichtige Themen.

Unsere Ideen und Ansätze messen wir an zwei Fragen. Erstens an der Frage der Nachhaltigkeit: Was bedeutet diese Entscheidung für das Leben der Menschen in 20 oder gar 50 Jahren? Zweitens an der Frage nach der Gerechtigkeit: Ist diese Entscheidung oder Weichenstellung gerecht gegenüber ALLEN Menschen oder nur gegenüber einigen?

Darum: am 12. September GRÜN wählen. Wenn GRÜN, dann richtig!





Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Naturschutz

Naturnahe Gestaltung von Gärten und öffentlichen Grünflächen

Die öffentlichen und privaten Grünflächen haben eine hohe Bedeutung für unsere heimischen Arten und für ein günstiges Klima innerhalb des bebauten Bereichs. Deshalb wollen wir:

- ▶ die öffentlichen Grünflächen möglichst naturnah gestalten, soweit das mit ihrer eigentlichen Zweckbestimmung vereinbar ist. Auf den Einsatz von Pestiziden und künstlichen Düngestoffen muss auf öffentlichen Grünflächen verzichtet werden.
- ▶ die naturnahe Umgestaltung privater Gärten fördern.
- ▶ in Neubaugebieten die Anlage von Schottergärten durch eine entsprechende Festsetzung im Bebauungsplan wirksam verhindern und
- ▶ darauf hinwirken, dass die Vorgabe der Niedersächsischen Bauordnung, wonach nicht bebaute Flächen begrünt werden müssen, auch umgesetzt wird.

Nutzflächen im Eigentum der Stadt/Gemeinde müssen dem Gemeinwohl dienen

Der Landkreis und die Kommunen sind auch außerhalb des bebauten Bereichs Eigentümer landwirtschaftlicher Nutzflächen und von Wald. Wir wollen, dass diese Flächen künftig so genutzt werden, dass sie in besonderer Weise dem Natur-, Arten- und Klimaschutz dienen.

- ▶ Wegraine sollen Rückzugsräume und Nahrungsflächen für unsere heimischen Arten sein. Deshalb wollen wir die, von den Bewirtschafter*innen der angrenzenden Nutzflächen inzwischen landwirtschaftlich genutzten, Wegraine an Feld- und Wirtschaftswegen in ihrer Funktion für den Naturhaushalt reaktivieren. Sie sollen künftig mit einheimischen, feldheckentypischen Gehölzen bepflanzt, der natürlichen Entwicklung überlassen oder mit mehrjährigen, regionalen Blühpflanzen eingesät und als Schutzzonen ausgewiesen werden.
- ▶ Vorhandene Biotop müssen erhalten bleiben und weitere Grünflächen- und Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Eine Biotopvernetzung ist insbesondere bei Ausgleichsflächen anzustreben und umzusetzen.
- ▶ Wir wollen die Biotopvernetzung und den Aufbau eines Biotopverbundsystems im Landkreis konsequent umsetzen, als Teil eines landesweiten Biotopverbundes. Wir fordern, dieses Biotopnetz im Landkreis bis spätestens 2023 zu entwickeln. Hierbei sollen namentlich die Gewässer sowie die Straßen- und Wegeränder des Kreises und der Gemeinden ins Netz einbezogen werden. Nur so können wir den "Niedersächsischen Weg" zum Naturschutz wirklich ernst nehmen.



- ▶ Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sollen bei Auslaufen bestehender Pachtverträge oder bei Neuverpachtung künftig nach den Vorgaben des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden.
- ▶ In den Waldflächen in kommunalem Eigentum muss der Natur- und Klimaschutz Vorrang vor der Nutzung haben. Deshalb wird unser Wald sukzessive in einen naturnahen Mischwald mit hohem Totholzanteil umgebaut. Bei Neuanpflanzungen werden ausschließlich in Europa heimische Baumarten verwendet.
- ▶ Wir treten dafür ein, dass sich der Landkreis und die Kommunen dem bundesweit aus inzwischen über 270 Städten, Gemeinden und Landkreisen starken Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ anschließen.
- ▶ Naturnahe Landschaftselemente wie Hecken, Feldgehölze, Alleen, Baumreihen und Felddraine sind wichtige Lebensräume für Insekten, Vögel und Kleinsäuger. Wir wollen, dass sie als geschützte Landschaftsbestandteile unter Schutz gestellt werden, um sie vor Zerstörung und erheblicher Beeinträchtigung zu schützen.
- ▶ Die bestehenden Alleen im Landkreis sind zu erhalten. Lücken in den Alleen werden durch neue Bäume geschlossen (außer an Unfallschwerpunkten). Wir wollen, dass alle in den letzten Jahren abgängigen Straßenbäume ersetzt werden, sowohl innerorts als auch an außerörtlichen Straßen. An Straßen und Wegen ohne Baumbestand ist die Neuanlage von Begleitgrün zu prüfen.

Bauen auf der „Grünen Wiese“ zerstört den Lebensraum von Tier- und Pflanzenarten. Vorrangig ist innerörtliche Verdichtung anzustreben. Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig kompensiert werden. Wir wollen für versiegelte Flächen vorrangig andere Flächen entsiegeln und für Baugebiete im Außenbereich grundsätzlich eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durchsetzen (vgl. auch Kapitel Bauen und Wohnen).

Wir GRÜNE setzen uns ein für die jährliche Erstellung eines Umweltberichts mit aussagekräftigen Indikatoren (Beispiel Uelzen – Regionalverband Braunschweig), die Umsetzung des Landschaftsrahmenplans, wonach auch die Sicherung der außerhalb der Natura 2000-Gebietskulisse befindlichen naturschutzwürdigen Flächen gehört, die Sicherung des Biotopverbundes zur Vernetzung der Lebensräume für Tiere und Pflanzen sowie die Verbesserung der ökologischen Durchlässigkeit u.a. durch die Aufhebung von Barrieren. Wir fordern die Schaffung des Biosphärenreservats Drömling, die inhaltliche Überarbeitung der bestehenden Landschaftsschutzgebiet-Verordnung im Hinblick auf die Abgrenzungen (Stichwort Grüngürtel) und die Beseitigung des Vollzugsdefizits im Naturschutz.

Naturstation Drömling

Mit der zu erwartenden Anerkennung des Drömling durch die UNESCO für ein länderübergreifendes Biosphärenreservat mit seiner einzigartigen Kulturlandschaft entsteht in der Region ein „Leuchtturmprojekt“.

Wir setzen uns dafür ein, dass am Standort des ehemaligen Zollgebäudes am Mittellandkanal in Rühren, dem Eingang oder besser gesagt „Tor zur Natur“, eine Naturstation errichtet wird, die als Umwelt- und Bildungseinrichtung Besuchern zur



Verfügung steht. Die Räumlichkeiten können auch von Natur- und Umweltverbänden für Veranstaltungen und Ausstellungen genutzt werden.

Klimagerechter Landkreis

Heiße, trockene Sommer und plötzliche Starkregenereignisse zeigen uns: Der Klimawandel ist längst Realität! Deshalb müssen wir endlich mehr für den Klimaschutz tun, wir müssen uns darüber hinaus auch auf die Folgen des Klimawandels in unseren Kommunen einstellen:

- ▶ Bei Neubauten, deren Dächer für die Nutzung der Sonnenenergie nicht geeignet sind, muss bis zu einer Dachneigung von 15 Grad grundsätzlich eine Dachbegrünung vorgesehen werden.
- ▶ Die Begrünung von Fassaden wollen wir fördern. Die Fassaden kommunaler Gebäude sind grundsätzlich zu begrünen, sofern dem keine architektonischen Gründe und Gründe des Denkmalschutzes entgegenstehen.
- ▶ Zur Verbesserung des Stadt-/Ortsklimas und der Aufenthaltsqualität wollen wir an allen geeigneten Stellen im öffentlichen Raum großkronige Bäume pflanzen. Auf Parkplätzen und Einstellflächen muss grundsätzlich ein großkroniger Baum pro 10 Stellplätze vorgesehen werden.
- ▶ An innerörtlichen Straßen, an denen bisher keine Bäume oder Pflanzinseln vorhanden sind, sollen - so weit möglich - Gehölz- und Baumpflanzungen erfolgen, unter Mitsprache der Anwohner hinsichtlich der einzusetzenden Pflanzen- und Baumarten, auch wenn an den Pflanzstellen hierzu ein Rückbau von befestigtem und versiegeltem Boden erfolgen muss.
- ▶ Das auf Dächern und versiegelten Flächen anfallende Oberflächenwasser soll – so weit möglich – ortsnah versickern und nicht in den nächsten Bach oder Fluss abgeleitet werden.

Kommunaler Klimaschutz und Energiewende

Um das beim Weltklimagipfel 2015 in Paris völkerrechtlich verbindlich vereinbarte Klimaschutzziel zu erreichen, müssen wir bis 2035 klimaneutral sein und unseren Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Wir fordern den Bund und das Land auf, dafür endlich den erforderlichen Rahmen zu setzen. Um das Klimaziel zu erreichen, kommt es jedoch auch auf die Kommunen an. Deshalb wollen wir:

- ▶ einen Klimavorbehalt für alle politischen und administrativen Maßnahmen in den Gemeinden und dem Landkreis einführen: alle Satzungen (Verordnungen), Maßnahmen und Förderprogramme der Kommunen müssen auf ihre Klimaauswirkungen hin geprüft und bewertet werden. Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Klimabilanz führen, sind zu unterlassen.
- ▶ kommunale Klimaschutzaktionsprogramme erarbeiten und für dessen Umsetzung auf der Gemeinde-/Samtgemeinde-Ebene verpflichtend eine Stelle für eine kommunale Klimaschutzmanagerin/einen kommunalen Klimaschutzmanager schaffen, dem oder der die Aufgabe zukommt, das Programm umzusetzen und die relevanten Akteure



(Immobilieeigentümer*innen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung) zu vernetzen und zu beraten.

- ▶ über städtebauliche Verträge oder bei der Veräußerung bebaubarer Grundstücke im kommunalen Eigentum für Neubauten grundsätzlich einen Passivhausstandard festsetzen sowie die Nutzung der Solarenergie auf geeigneten Dachflächen vorschreiben und für die vorhandenen und zur Nutzung von Solarenergie geeigneten Dachflächen prüfen, wie dort möglichst schnell, möglichst viele neue Anlagen realisiert werden können – ggfs. auch in Form von ÖPP- oder PPP-Projekten.
- ▶ wo immer möglich, auch den Ausbau von Windenergie unterstützen, um das vereinbarte Klimaschutzziel und die damit verbundene Energiewende umsetzen zu können. Um bei den betroffenen Einwohner*innen in den Gemeinden die notwendige Akzeptanz und Unterstützung zu erhalten, ist die Möglichkeit sich am finanziellen Gewinn zu beteiligen maßgeblich (Stichwort Bürger*innenenergie). Dies kann mit einem transparenten Verfahren und entsprechender Bürger*innenbeteiligung begünstigt werden.
- ▶ alle geeigneten kommunalen Dachflächen im Kreis zwingend mit Solarthermie- oder Photovoltaik-Anlagen ausstatten, die dem Stand der Technik entsprechen. Dachflächen sind im Solar-Dachatlas des Regionalverbands Großraum Braunschweig einzusehen.
- ▶ den Gebäudebestand im Eigentum des Landkreises, der Städte, Gemeinden und kommunaler Beteiligungsgesellschaften bestmöglich energetisch sanieren, wofür ein Sanierungsfahrplan erstellt und in den Jahren 2022-2026 umgesetzt wird.
- ▶ in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk eine hochwertige und unabhängige Beratung zur energetischen Sanierung und verbesserten technischen Ausstattung des Wohnungs- und Gewerbeimmobilienbestandes installieren.

Mehrwegsysteme in der Gastronomie

Take-Away-Essen und Lieferservices wurden insbesondere im Corona-Lockdown vermehrt in Anspruch genommen. Diese Angebote verursachen jedoch auch eine starke Zunahme von Einweg-Verpackungsmüll. Seit 1994 ist der Verbrauch von Menü- und Snackboxen in Deutschland um 413 Prozent gestiegen, bei Bechern und Tassen sind es gar 491 Prozent. Laut Prognosen werden Lieferservices und Take-Away-Angebote auch zukünftig weiter wachsen.

Um Müll zu vermeiden, hat das Bundeskabinett im Januar Änderungen im Verpackungsgesetz beschlossen. Restaurants und Lieferdienste sind ab Januar 2023 gesetzlich dazu verpflichtet, ihren Kunden eine Mehrwegalternative für Take-Away-Verpackungen anzubieten.

Mehrwegbecher sind schon in vielen Städten erfolgreich im Einsatz. In Wolfsburg wurde nun ein Pfandsystem für Mehrwegschalen mit einer praktischen Größe für eine Vielzahl von Gerichten eingeführt. Die Einführung weiterer Mehrwegbehälter ist in Planung.

Wir GRÜNE fordern, dass auch im Landkreis Gifhorn die Einführung geprüft und die Umsetzung von der Politik gefördert und vorangetrieben wird. Ein Mehrweg-System in der Gastronomie kann nur dann funktionieren und Ergebnisse in der Abfallreduktion liefern,



wenn der Pool der Teilnehmenden groß genug ist. Sowohl auf Seiten der Konsumenten als auch auf Seiten der Betriebe. Behältnisse müssen in möglichst vielen Betrieben je Stadt oder Stadtteil, besser noch überregional, akzeptiert, ausgegeben und auch wieder zurückgenommen werden.

Die Gastronomie braucht hier Unterstützung im Aufbau der Infrastruktur, Vernetzung der Gastronomiebetriebe sowie in Form von Beratung und Marketing.

Wasser speichern

Ab den späten 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde in Deutschland ein intensives Wassermanagementsystem für und mit der Landwirtschaft eingeführt. Durch regionale Flurbereinigungen wurden für die Landwirtschaft wirtschaftlich günstigere Strukturen geschaffen. Es entstanden vielerorts größere Ackereinheiten, die einfacher zu bewirtschaften waren. Einher gingen diese Flurbereinigungen mit der Gründung von regionalen Beregnungsverbänden. Die Acker- und Wiesenflächen waren aufgrund der noch häufigen Niederschläge in vielen Regionen besonders im Frühjahr nur schwer zu bewirtschaften. Die Beregnungsverbände kümmerten sich darum, dass die Ackerflächen mit Drainagen versorgt und die Gräben und Bäche ertüchtigt und jährlich ausgeräumt wurden, um das „überschüssige“ Wasser abzuleiten. Im Gegenzug wurden großflächig Beregnungssysteme aufgebaut.

Diese Maßnahmen waren damals sinnvoll, sind es unter den heutigen klimatischen Bedingungen aber nicht mehr. Das System der Landschaftsentwässerung soll überprüft werden. Ziel sollte es sein, möglichst viele Gräben und Bäche in ihren ursprünglichen Zustand zurückzubauen und nicht mehr jährlich auszuräumen, Ziel muss es sein, das Wasser, wo immer es geht, am Abfließen zu hindern.

Trinkwasser

Die letzten Dürresommer haben uns gezeigt, dass wir die Klimakrise am eigenen Leib spüren und sie bereits jetzt Folgen für unser Privatleben hat. Grillverbote oder das Verbot den Rasen mit Trinkwasser zu beregnen waren erste Einschnitte im privaten Bereich.

Deshalb sollte geprüft werden, ob die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung auch bei weiteren Dürresommern gesichert ist und welche Möglichkeiten zum Wassersparen es gibt.

Eine Öffentlichkeitskampagne sollte gestartet werden, die den Wert des Trinkwassers betont und Möglichkeiten sowie die Notwendigkeit zum Wassersparen aufzeigt.

Ölförder- und Transporteinrichtungen müssen in Trinkwasserschutzgebieten außerbetrieb genommen und zurückgebaut werden. Die Rahmenrichtlinien zu den Schutzgebieten müssen dementsprechend angepasst werden.

Atommüllendlager

Auch bei uns im Landkreis gibt es Regionen, die geologisch betrachtet für ein Atommüllendlager grundsätzlich in Frage kommen. Wir GRÜNE haben jahrzehntelang dafür gekämpft, dass Atomkraftwerke abgeschaltet werden und dass kein neuer Atommüll



mehr entsteht. Das Ende der letzten deutschen Atomkraftwerke steht nun bevor. Die Verantwortung für den Atommüll aber bleibt.

Wir unterstützen einen ergebnisoffenen und transparenten Prozess für die Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle. Nach dem Ausschlussprinzip soll durch einen breit getragenen Prozess der am besten geeignete, sicherste Standort gefunden werden! Anders als in vergangenen Jahren zählen jetzt wissenschaftliche Fakten und Erkenntnisse und nicht politischer Druck. Die Einhaltung dieses Prozesses gilt es auch hier vor Ort sicherzustellen! Diese wissenschaftlichen Erwägungen haben unter anderem dazu geführt, dass der Salzstock Gorleben als Standort eines Endlagers nicht mehr in Frage kommt.



Mobilität und Verkehr

Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem Treibhausgasemissionen seit 1990 nicht reduziert worden sind. Deshalb ist die Verkehrspolitik eines der größten politischen Handlungsfelder. Der Umstieg auf Elektromobilität kann einen wichtigen Beitrag leisten, um Autofahren künftig klimaschonender und umweltverträglicher zu gestalten, sofern eine flächendeckende E-Ladeinfrastruktur auch in ländlichen Regionen vorhanden ist. Dies ist auch für den Tourismus von großer Bedeutung.

Allerdings muss Mobilität im Landkreis Gifhorn auch ohne eigenes Auto möglich sein. Ziel muss es sein, tragfähige Mobilitätssysteme unter Berücksichtigung der Aspekte Ökonomie, Energieeffizienz, Lebensqualität und -realität zu entwickeln. Ein intelligenter, kundenorientierter und sinnvoll vernetzter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), mit Anrufbussen, Sammeltaxen, Carsharing, Lastenrädern und gut ausgebauten Rad- und Fußwegen, sowie ein Park & Ride System und Bike & Ride sind die Wege dorthin.

Personal

Im Bereich der Wirtschaftsförderung muss ausreichend Personal eingestellt bzw. vorgehalten werden, das sich gezielt um die Akquirierung von Fördergeldern einsetzt. Die Fördermittel sind für die zukunftsorientierte Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.

Damit ein kompaktes und zukunftsorientiertes Mobilitätsprogramm erarbeitet und umgesetzt werden kann, wird die Einstellung eines Mobilitätsmanagers gefordert.

Rad und Fußverkehr

Radverkehr

Das Leitbild der autogerechten Stadt bzw. Gemeinde gehört ins Museum. Nicht der aktuelle, sondern der zukünftig zu erwartende Mobilitätsmix muss Grundlage der verkehrlichen Erschließung und des Ausbaus der Infrastruktur sein. Für die Radfahrenden ist ein reibungsloses Vorwärtskommen sowie eine ungefährdete Stadtquerung nur schwer möglich. Klimaschutz, Förderung der allgemeinen Lebensqualität, sowie die Steigerung der touristischen Attraktivität erfordern ein Umdenken in der Verkehrs- und insbesondere auch Radwegeplanung für die Zukunft. Wir streben dabei eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen an. Für die Förderung des Radverkehrs bedeutet das:

- ▶ Der Radverkehr braucht eine klare Entwicklungsperspektive. Daher fordern wir die Erarbeitung eines Radverkehrskonzeptes unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Verbände.
- ▶ Die Investitionen in den Erhalt und den Ausbau der Radwege müssen erheblich gesteigert und die dafür zuständigen personellen Ressourcen in der Verwaltung – auch für deren Pflege – müssen ausgebaut werden.



- ▶ Die Methoden zum Ausbau und der Pflege der Radwege müssen zweckmäßig gestaltet werden. Schotterpfade aus geschredderten Resten von Straßenbelägen genügen für Wirtschaftswege, nicht jedoch für Radwege.
- ▶ Wir setzen uns für sichere Radwegverbindungen für alle Berufstätigen und Schüler*innen aus dem Umland nach Gifhorn, Braunschweig und Wolfsburg ein, die von der Entfernung her den bestehenden Verbindungen für PKWs gleichgestellt sein müssen. Bestehende Lücken müssen geschlossen werden. Ferner ist eine Vernetzung mit den Nachbarlandkreisen und -städten anzustreben, um das Radwegenetz, insbesondere auch für den touristischen Gebrauch, attraktiver zu gestalten.
- ▶ Radwanderwege sind regelmäßig in Augenschein zu nehmen und in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Dementsprechend sind ausreichende Haushaltsmittel bereitzustellen.
- ▶ Wo der Autoverkehr an viel befahrenen Straßen mit mehr als 30 km/h unterwegs ist, wollen wir einen separat geführten Fahrradweg oder einen ausgewiesenen, ausreichend breiten Fahrradstreifen realisieren, nötigenfalls auch durch Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr.
- ▶ Um die Gefahren für Radfahrer*innen durch rechts abbiegende PKW und vor allem LKW zu reduzieren, setzen wir auf getrennte Ampelschaltungen für den Radverkehr und den motorisierten Individualverkehr. Hierbei darf es zu keiner Schlechterstellung der Radfahrer kommen.
- ▶ „Bettellampen“, an denen geradeaus fahrende Radfahrer nach Knopfdruck minutenlang auf Grün warten müssen, während der motorisierte Verkehr geradeaus weiterfahren kann, darf es nicht mehr geben
- ▶ Fahrradwege sind im Winter zumindest genauso zügig wie Straßen zu räumen.
- ▶ Alltagsradwege abseits von Straßen sollten mit einer reflektierenden Beschichtung versehen werden.
- ▶ Die Fahrradparkplätze müssen insbesondere an stark frequentierten Orten, an Haltestellen oder in dicht besiedelten Wohngebieten ausgebaut werden. Für E-Bikes und Pedelecs sind entsprechend große Fahrradeinstellplätze bereit zu halten, nötigenfalls sind Autoparkplätze entsprechend umzuwidmen.
- ▶ Zur Schaffung attraktiver Fahrrad-Abstellmöglichkeiten wollen wir Teilbereiche der bestehenden Parkhäuser für Fahrräder reservieren und entsprechend ausgestalten.
- ▶ Für die Fahrräder benötigen wir flächendeckend überdachte Fahrradunterstände mit Schließfächern für ein fahrradfreundliches Einkaufen. Bike & Ride Haltestellen sind barrierefrei, mit Beleuchtung, Wetterschutz und Kasseler Borden, sowie den Standards entsprechend des Regionalverbands Großraum Braunschweig auszubauen.
- ▶ Fahrradständer im öffentlichen Raum sind grundsätzlich in Bügelform zu errichten, so dass das Fahrrad mit dem Rahmen an einen Bügel angeschlossen werden kann. Einfache Vorderradhalter, die den Fahrrädern nur schlechte Standsicherheit und völlig ungenügenden Diebstahlschutz bieten, sind nach und nach zu entfernen und durch fahrradgerechte Ständer zu ersetzen.



- ▶ Zugesparkte Fahrrad- und Fußwege behindern nicht nur, sie machen den Rad- und Fußverkehr auch unsicher. Dieses Verhalten wollen wir daher restriktiver ahnden.
- ▶ Damit auch Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung für erforderliche dienstliche Fahrten das Fahrrad nutzen können, wollen wir ihnen Diensträder zur Verfügung stellen.
- ▶ Weil nicht jeder größere Transport eines PKW bedarf, wollen wir den Kauf von Lastenrädern für Hausgemeinschaften oder Nachbarschaften finanziell fördern und ein Leihsystem für Lastenräder und -anhänger etablieren.
- ▶ Sowohl für die Alltagsradwege als auch für die touristischen Radwege sind durchgehend einheitliche Wegweiser aufzustellen.
- ▶ An Fuß- und Radwegen sowie Straßenrändern und Kreisverkehren sind Blühstreifen und -flächen unter Verwendung von mehrjährigem Saatgut anzulegen.
- ▶ Der Erhalt und die Nutzung der Lachtetalbahn von Wittingen nach Celle auch im Hinblick auf Gütertransporte zum Wittinger Hafen und die damit verbundene Reduzierung des LKW-Verkehrs soll angestrebt werden.

Fußverkehr

Das Zu-Fuß-Gehen ist die Wiege der Mobilität und zugleich die einfachste, effektivste und kostengünstigste körperliche Bewegung. Mit keinem Verkehrsträger können zeitlich so viele Menschen bewegt werden wie beim Gehen. Zu Fuß gehen braucht attraktive Gehwege. Deshalb wollen wir:

- ▶ ein Fußverkehrskonzept in die verkehrliche Planung integrieren. Dabei kommt es nicht zuletzt auf den Wohlfühlfaktor des öffentlichen Raumes an - mit Grünstreifen in Abgrenzung zur Fahrbahn, Baumreihen, Bänken, etc.
- ▶ zur Stärkung der Sicherheit prüfen, wo zusätzliche Mittelinseln, Zebrastreifen oder Bedarfsampeln sinnvoll und notwendig sind.
- ▶ im ländlichen Bereich zwischen allen Ortschaften und Siedlungen für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, sichere und kurze überörtliche Verbindungswege garantieren, an denen sie nicht dem PKW-Verkehr ausgesetzt sind. Etwaige Lücken sind zu schließen, auch wenn versperrte und umgepflügte Wege hierzu wieder hergestellt werden müssen.
- ▶ die Beschaffung und den Einsatz mobiler „Blitzer“ durch den Landkreis vorantreiben, die in den Kommunen, so auch in Wohngebieten, eingesetzt werden können. Die Gemeinden sind nicht befugt eigenständig Geschwindigkeitsmessungen vorzunehmen.
- ▶ Querungshilfen an Ortsein- und -ausfahrten ausbauen, auch an Bundesstraßen. Diese führen zu einer Geschwindigkeitsreduzierung und somit zu mehr Sicherheit für Fußgänger.



Den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Förderung, Optimierung und den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Darunter verstehen wir Mobilitätsangebote, die allen Menschen allgemein zugänglich und kostengünstig zur Verfügung stehen. Ein leistungsfähiger ÖPNV ist das Rückgrat nachhaltiger Mobilität.

- ▶ Wir wollen das Fahrplan-Angebot, insbesondere an den Wochenenden und in den Abendstunden, attraktiver gestalten.
- ▶ Wir GRÜNE fordern den Halbstundentakt zwischen Uelzen und Braunschweig, wir brauchen Streckenführungen des ÖPNV dort, wo die Menschen wohnen, leben, arbeiten und einkaufen.
- ▶ Mit der Umstellung der Fahrzeuge im Bereich des ÖPNV sowie bei Bussen, Kleinbussen und Taxen, auf umweltfreundliche Motorentechnik und weg vom Verbrennungsmotor, muss sofort begonnen werden. Taxiunternehmer sind bei der Anschaffung von E-Fahrzeugen finanziell zu unterstützen.
- ▶ Carsharing-Angebote sind auszubauen und zu bewerben.
- ▶ Um den ÖPNV flexibler und attraktiver gestalten zu können, sind auf stark frequentierten Strecken Schnellbusse, gegebenenfalls auch Kleinbusse, einzusetzen.
- ▶ Der ÖPNV kann nicht jedes Ziel zu jeder Zeit perfekt anbinden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das ÖPNV-Angebot um Miet-Zweiräder zu ergänzen. Im ÖPNV-Abo soll das Angebot inbegriffen sein.
- ▶ Um das Fahrrad mit dem ÖPNV besser kombinieren zu können, müssen an allen geeigneten Haltestellen Fahrradständer vorhanden sein (siehe Unterkapitel zum Radverkehr).
- ▶ Grundsätzlich soll die Möglichkeit bestehen, in Bussen und Bahnen Fahrräder mitzunehmen.
- ▶ Wir treten für eine Mobilitäts-App ein, die neben Fahrplanauskünften, Ticketbuchungen, der Reservierung von Leihfahrzeugen aller Art, auch über Betriebsstörungen und Alternativrouten informiert. Außerdem streben wir eine Best-Preis-Abrechnung an: Wer sich dazu über eine App anmeldet, soll je nach Nutzungsverhalten innerhalb eines Monats im Nachhinein den besten Preis abgerechnet bekommen.
- ▶ Inhaber*innen von Abo- und Monatskarten sollen außerhalb der Hauptverkehrszeiten – abends und an den Wochenenden – eine weitere Person kostenlos mitnehmen dürfen.
- ▶ Wir GRÜNE setzen uns für ein 365-Euro-Ticket ein, das auch für Kommunen in den Randbereichen benachbarter Landkreise/Bundesländer gültig ist.
- ▶ Wir streben eine landesweit einheitliche Tarifstruktur an: Ob eine Strecke ganz oder teilweise mit der Bahn oder mit dem Bus zurückgelegt wird, soll auf den Fahrpreis keinen Einfluss haben.



- ▶ Der Betrieb des ÖPNV muss dabei stets barrierefrei und benutzer*innenfreundlich sein.

Den motorisierten Individualverkehr nachhaltiger machen

Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin eine erhebliche Bedeutung haben. Um diesen nachhaltiger zu machen wollen wir:

- ▶ das Park&Ride-Angebot ausbauen, um den Bürger*innen aus dem weiteren Umland zu ermöglichen, ihr Auto am Stadtrand stehen zu lassen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt zu fahren.
- ▶ grundsätzlich Tempo 30 innerorts einführen. Außerhalb von Durchgangsstraßen soll in der Regel Tempo 30 gelten. Für Durchgangsstraßen gilt folgendes: Mindestens im unmittelbaren Bereich von innerorts an diesen Straßen gelegenen Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen, Alten- und Pflegeheimen oder Krankenhäusern ist Tempo 30 auch auf Durchgangsstraßen innerorts einzuführen, unter maximaler Nutzung der hierfür vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten und ohne dass hierfür weitere Untersuchungen zu vermeintlichen Unfallschwerpunkten erforderlich sind.
- ▶ das Carsharing-Angebot ausbauen und in Neubaugebieten Carsharing-Konzepte direkt mit einplanen, um die Anzahl der privaten PKW zu reduzieren.
- ▶ Anreize zum Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur setzen und Hemmnisse für den Ausbau öffentlicher Schnellladesäulen abbauen.
- ▶ ein Konzept für eine bedarfsgerechte E-Ladeinfrastruktur im gesamten Landkreis Gifhorn entwickeln, bei dem Bürger*innen bei der Standortwahl beteiligt werden.
- ▶ die Nutzung von Fördergeldern, die sowohl für private Haushalte als auch für den Ausbau öffentlicher Schnellladesäulen vom Bund bereitstehen, durch Beratungs- und Unterstützungsangebote für potenzielle Betreiber*innen durch die Kommunen fördern.
- ▶ neue Fahrzeuge für die Kommunen nur noch mit emissionsfreien Antrieben anschaffen, soweit diese verfügbar sind und den Anforderungen genügen.
- ▶ dass der Landkreis in Zukunft – ähnlich wie andere Städte und Landkreise – den Wunsch von Gemeinden, Städten, oder Samtgemeinden zur Verkehrsberuhigung oder Unfallprävention (z.B. Tempobeschränkung, Versetzung des Ortsschildes, Zustimmung zum Bau von Ampeln oder Querungshilfen) in der Regel kurzfristig nachkommt, soweit keine entgegenstehende Weisung des Landes im Einzelfall vorliegt. Das ständige Ablehnen von Verkehrsberuhigungen im Landkreis Gifhorn muss ein Ende haben. Bei den Verkehrsschauen des Landkreises sind bestehende Verkehrszeichen, die der Verkehrsberuhigung und Unfallvermeidung dienen, grundsätzlich nicht mehr aufzuheben, sondern beizubehalten.

Außer der Forderung den Rad- und Fußverkehr zu fördern, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und - gerade im ländlichen Raum - den Individualverkehr klimafreundlicher zu gestalten, erscheinen weitere Bauvorhaben und Planungen von Autobahnen nicht



mehr zeitgemäß. Ein Kilometer Autobahn kostet im Schnitt ca. 10 Millionen Euro. Erfahrungsgemäß erhöhen sich diese Kosten kontinuierlich. Die für den Ausbau der A39 vom Bundesverkehrsministerium genannte Summe von 1,34 Milliarden Euro für die 105 Kilometer lange Strecke wird auf Anfrage der GRÜNEN nicht mehr ausreichen. Man rechnet jetzt mit fast 2 Milliarden Euro - also eine Steigerung von fast 50%. Der Flächenverbrauch und die damit verbundene Versiegelung des Bodens ist immens, gleichzusetzen mit ca. 900 Fußballfeldern. Wasser kann nicht abfließen und führt zu vermehrtem Hochwasser. Die mit einer Autobahn verbundene Zersiedelung erhöht den örtlichen Verkehr erheblich, da die Autobahn wie eine Grenze wirkt (sowohl für Menschen, als auch Tiere). Dies schlägt sich dann entsprechend noch zusätzlich auf örtliche Emissionswerte negativ nieder. Es ist deshalb höchste Zeit das Vorhaben zu stoppen.

Naherholung und Tagestourismus

Die vielfältige Naturlandschaft des Landkreises Gifhorn bietet großes Potential für eine naturnahe touristische Nutzung. Der Ausbau des Radwegenetzes für touristische Nutzung ist dabei nur eine Stellschraube, die dringend wieder mehr genutzt werden muss. Dabei nehmen wir vor allem die im Landkreis heimischen Bürgerinnen und Bürger in den Fokus. Es gilt, den Menschen vor Ort das Potential der Heimat für einen erholsamen und ereignisreichen Urlaub zu vermitteln, zuvor jedoch dieses Potential durch den Ausbau einer intakten touristischen Infrastruktur zu entfalten. Daher nehmen wir uns Folgendes vor:

- ▶ Die Vermarktung unserer vorhandenen touristischen Angebote, besonders an die heimische Bevölkerung, zu intensivieren und durch Schaffung der erforderlichen personellen Kapazitäten dieses Angebot stetig auszubauen.
- ▶ Touristische Radwege intelligent und informativ zu beschildern (Vereinsarbeit in der Gemeinde Sassenburg ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen).
- ▶ Das komplette Radwegenetz inkl. umfangreicher Informationen zu allen Sehenswürdigkeiten sowohl als gedruckte Radkarte als auch im Netz und per App für mobile Endgeräte zur Verfügung zu stellen.
- ▶ Einen Beauftragten zur Kontrolle der Radwege (Erhaltungszustand, Nutzung, Sauberkeit, etc.) zu bestellen.
- ▶ Sowohl Natur- als auch Baudenkmäler im Landkreis konsequent an das touristische Radwegenetz anzubinden und diese für die Planung von Radtouren zu dokumentieren.
- ▶ Das touristische Radwegenetz an sämtlichen sich anbietenden Orten mit dem ÖPNV-Netz zu verbinden und die Mitnahme von Rädern in Bus und Bahn problemlos und kostenfrei zu ermöglichen.
- ▶ Das touristische Radwegenetz langfristig auch mit den Innenstädten im Landkreis und drumherum zu verbinden und dortige Touristenattraktionen (Museen, Kulturzentren, Stadthallen, etc.) zusätzlich zu Autoparkplätzen bedingungslos auch mit geeigneten Stellflächen für Fahrräder auszustatten.



- ▶ Die Schaffung von Stellplätzen für Wohnmobile und Campingflächen nahe Orten von besonderem touristischen Interesse in Naturnähe voranzutreiben. Die Sicherstellung der Müllentsorgung sowie weiterer erhaltender Maßnahmen dieser Flächen hat im selben Atemzug zu erfolgen. Der Eingriff in den Lebensraum der dort lebenden Tiere muss bei der Wahl dieser Flächen zwingend berücksichtigt werden. Es gilt, den Erhaltungszustand des jeweiligen Naturdenkmals in keiner Weise zu beeinträchtigen.



Die Landwirtschaft hat in unserem Landkreis eine große Bedeutung. Damit das so bleibt, wollen wir unsere Landwirt*innen dabei unterstützen, sich an den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher auszurichten. Unser Leitbild ist der Ökologische Landbau, denn durch den Verzicht auf Pestizide und synthetische Düngemittel wird nicht nur die Umwelt geschont, sondern es entstehen auch deutlich weniger Treibhausgase.

Gleichzeitig unterstützen wir das Prinzip der solidarischen Landwirtschaft. Wir wollen die Erzeuger*innen und Verbraucher*innen wieder näher zusammenbringen, indem wir neue Grundlagen dafür schaffen, dass die Bevölkerung wieder direkt beim Landwirt oder der Landwirtin einkaufen kann. So können faire Preise sowie nachhaltige, verantwortungsvolle und klimafreundliche Erzeugnisse möglich gemacht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- ▶ in den Kindergärten, Schulen, Pflegeheimen, Krankenhäusern und anderen kommunalen Einrichtungen ökologisch, fair und sofern möglich, regional erzeugte Nahrungsmittel verwendet werden.
- ▶ die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Kommunen bei Neuverpachtung an ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet werden.
- ▶ die Kommunen keine Gewerbeflächen für Stallbauten baurechtlich nicht-privilegierter Vorhaben ausweist, um so die kleinbäuerlichen Betriebe und die Umwelt zu schützen.
- ▶ der Landkreis Teil einer Ökomodellregion wird, um den Anteil biologisch wirtschaftender Betriebe zu erhöhen und die Absatzmöglichkeiten zu verbessern.
- ▶ Erzeugerzusammenschlüsse oder Vermarktungsinitiativen zur Vermarktung ökologisch und nachhaltig erzeugter Lebensmittel aus kommunalen Wirtschaftsfördermitteln unterstützt werden.
- ▶ keine gentechnisch veränderten Lebensmittel in kommunalen Einrichtungen verwendet werden.

Für den Landkreis Gifhorn wollen wir daher über den Verein Südheide die regionale Vermarktung deutlich stärken und ein Endverbraucherportal schaffen. Dies umfasst auch eine adäquate Ausstattung mit dem erforderlichen Personal. Konzepte zur Stärkung der Regionalität, wie z.B. eine mobile Käserei, der regionale Anbau von Lebensmitteln und deren Vermarktung über Wochenmärkte oder Hofläden, Zusammenschlüsse von Regionalvermarktungsinitiativen, virtuelle Marktplätze, Werbekampagnen, Verkaufsratgeber, etc. sind gezielt zu fördern.

Wir möchten aber auch die Erschließung neuer Erwerbsmöglichkeiten fördern. Durch Hilfe und Unterstützung bei der Direktvermarktung, als auch bei Nebenerwerbsquellen wie Hof-Cafés und Ferienquartiere, beim Aufbau von Kinderprogrammen zum Thema der Lebensmittelherstellung sowie beim Ausbau größerer Höfe zu attraktiven Wohnungen oder Begegnungsstätten.



Seit 40 Jahren steht grüne Politik für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt und mit den Tieren. In Niedersachsen ist es die Aufgabe der Kommunen, das Tierschutzgesetz umzusetzen. Wir wollen:

- ▶ dafür sorgen, dass die Kosten der Tierheime für die sog. Fundtierversorgung und für die Unterbringung amtlich eingezogener Tiere vollständig aus den kommunalen Haushalten gedeckt werden; dass Tierheime gezwungen sind, diese öffentliche Aufgabe teilweise aus Spendengeldern zu finanzieren, muss der Vergangenheit angehören.
- ▶ die Hundesteuer für Hunde aus dem Tierheim ermäßigen oder ganz erlassen; das ist gut für die Hunde, entlastet das Tierheim und damit auch den Haushalt der Kommune.
- ▶ geeignete Flächen identifizieren und ausweisen, auf denen Hunde auch während der Brut- und Setzzeit frei laufen dürfen.
- ▶ die Kastration von Katzen grundsätzlich verpflichtend machen, um so die Vermehrung zurückgelassener und ausgesetzter Hauskatzen zu verringern.
- ▶ mehr Transparenz im Tierschutzvollzug: Das für den Tierschutzvollzug im privaten wie im gewerblichen Bereich zuständige Veterinäramt soll dem Kreistag jährlich einen öffentlichen Bericht über Verstöße gegen das Tierschutzrecht und die behördlichen Maßnahmen vorlegen, Die Personalkapazitäten sollen ausgebaut werden. Kontrollen müssen zwingend regelmäßig stattfinden.
- ▶ eine*n ehrenamtlichen kommunale*n Tierschutzbeauftragte*n bestellen, die/der als Ansprechpartner*in für die Verwaltung und für Bürger*innen zur Verfügung steht.
- ▶ einen städtischen Tierschutzpreis ausloben, der regelmäßig jenen Bürger*innen verliehen wird, die sich in besonderer Weise um den Tierschutz in unserer Stadt/Gemeinde verdient gemacht haben.
- ▶ bäuerliche Betriebe erhalten und stärken; deshalb wollen wir auf die Ausweisung von Flächen zum Bau von gewerblichen Massentierhaltungsanlagen in den Kommunen im Landkreis Gifhorn verzichten.
- ▶ die Kommunen ermutigen, von der ihr rechtlich zustehenden Prüfkompetenz beim Bau von Tierhaltungsanlagen Gebrauch zu machen und im Zweifel das gemeindliche Einvernehmen zu versagen.
- ▶ in den Gemeinden prüfen, ob noch Rasselisten in der Hundesteuersatzung existieren. Die Einstufung der Hunde darf nicht anhand der Rasse festgemacht werden.
- ▶ bei Pachtverträgen mit reisenden Zirkusbetrieben sicherstellen, dass nur solche Betriebe einen Pachtvertrag bekommen, die auf die Zurschaustellung von Wildtieren wie Affen, Elefanten, Großkatzen etc. verzichten. Deren artgerechte Haltung ist in Zirkusbetrieben mit häufigem Standortwechsel kaum möglich.



Für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Der Landkreis Gifhorn hat eine hohe Attraktivität. Damit das so bleibt, müssen wir in der Stadt-/Ortsentwicklung noch stärker die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigen. Die Nachfrage nach Wohnbau- und Gewerbeflächen ist anhaltend hoch. Um ihr nachzukommen und gleichzeitig sparsam mit den Freiflächen umzugehen, hat für uns die Innenentwicklung absoluten Vorrang vor der Ausweisung neuer Flächen im Außenbereich. Das bedeutet, dass wir im Wohnungsbau, vor allem aber im gewerblichen Bereich, dichter und höher bauen müssen. Der öffentliche Raum muss ansprechend gestaltet sein. Das schafft Lebensqualität und ermöglicht Begegnung und Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass lärm- und abgasarme und gleichzeitig gesunde Formen der Fortbewegung wie Zufußgehen und Radfahren den notwendigen Raum bekommen. Konkret heißt das für uns GRÜNE folgendes:

- ▶ Um den zusätzlichen Wohnungsbedarf innerhalb des bereits bebauten Raums zu realisieren und dabei die innerörtlichen Grünflächen zu schonen, setzen wir uns für ein umfassendes Baulücken- und Leerstandskataster ein, in dem Baulücken, Brachen, fehlgenutzte Flächen und Flächen deren Nutzung in naher Zukunft voraussichtlich aufgegeben wird, erfasst werden.
- ▶ Wir treten dafür ein, künftig eine Standortmanagerin/einen Standortmanager als Koordinator*in und Ansprechpartner*in für die Innenentwicklung einzusetzen. Damit schaffen wir ein Bindeglied zwischen Grundstückseigentümer*innen, Investor*innen, öffentlicher Verwaltung und den Bürger*innen vor Ort. Aufgabe des Standortmanagements ist es auch, eine aktive Liegenschaftspolitik der Stadt/Gemeinde voranzutreiben.
- ▶ Die bestehenden Bau- und Gewerbeflächen wollen wir auf ihre Nachverdichtungspotentiale hin überprüfen und dort, wo die Festsetzungen alter Bebauungspläne einer sinnvollen Nachverdichtung entgegenstehen, diese entsprechend anpassen.
- ▶ Das Potenzial zur Aufstockung vorhandener Gebäude, zum Ausbau von Dachgeschossen und einer Wohnüberbauung von Handels- und Gewerbebauten wollen wir prüfen.
- ▶ Die Festsetzungen in neu aufzustellenden Bebauungsplänen sind so auszugestalten, dass Anreize zum Verdichteten mehrgeschossigen Bauens gesetzt werden.
- ▶ Für alle Neubauten sind Photovoltaikanlagen verpflichtend vorzuschreiben und Solarthermieanlagen zu unterstützen.
- ▶ Wir GRÜNE wollen, dass mehr mit Holz gebaut wird – insbesondere bei kommunalen Neubauten muss geprüft werden, ob eine Umsetzung in Holzbauweise möglich ist. Bauen mit Holz ist effektiver Klimaschutz, denn es wird viel CO₂ langfristig gespeichert. In Zeiten akuter Schadensereignisse, in welchen mehr Holz auf dem



Markt verfügbar wird, kann eine Bau-mit-Holz-Initiative zudem dem Preisverfall entgegenwirken.

- ▶ Die Kommunen müssen künftig eine aktive Liegenschaftspolitik betreiben und so zu zentralen Akteuren auf dem Wohnungs- und Flächenmarkt werden. Durch den kommunalen Erwerb neu zu bebauender Grundstücke oder die Realisierung von Vorkaufsrechten können bei der Weiterveräußerung an bauwillige Interessent*innen oder im Wege der sog. Abwendungsvereinbarung wohnungspolitische Ziele und Klimaschutzziele besser um- und durchgesetzt werden. Außerdem hat die Kommune die Möglichkeit, bebaubare Flächen nach Konzeptvorgaben (z.B. Festschreibung günstiger Miete) zu vergeben.
- ▶ Einzelhandel, der der Grundversorgung dient, muss im besiedelten Bereich angesiedelt werden; Neuansiedlungen „auf der grünen Wiese“ bzw. unter vermeidbarer Zerstörung von grünen Wiesen lehnen wir ab.
- ▶ Die Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten muss bedarfsgerecht sein. Eine Flächenbevorratung über den Bedarf hinaus und eine Vermarktung von Gewerbeflächen unterhalb ihres Marktwertes kommt für uns nicht in Frage.
- ▶ Falls eine Neuausweisung von Bau- oder Gewerbeflächen zwingend erforderlich ist, sind die dafür potenziell in Frage kommenden Flächen auch unterhalb von 10 Hektar einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig und möglichst ortsnah kompensiert werden.
- ▶ Wir setzen uns ein für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden (im wesentlichen also Schulen/KITAs/Feuerwehren/Verwaltungsgebäude) und folgen dabei der Zielvorstellung von KfW-Effizienzhäusern.
- ▶ Die Umweltberichte und Ausgleichsmaßnahmen in bestehenden und zukünftigen Bebauungsplänen sind kritisch zu überprüfen. Allzu oft erfolgen bisher ungenügende Bestandsaufnahmen der auszugleichenden Naturverluste, gefolgt von bequemen Scheinausgleichsmaßnahmen, die später kaum umgesetzt und niemals kontrolliert werden (z.B. durch Vorgaben für die Gestaltung privater Gärten, damit die Gemeinden selbst keine Umweltschutzaktivitäten durchführen müssen). Auch ortsferne Kompensationsmaßnahmen sind, wenn möglich, zu vermeiden. Umwelt und Natur müssen nämlich bei uns vor Ort erhalten bleiben und nicht viele Kilometer entfernt „kompensiert“ werden.

Bezahlbaren Wohnraum für alle

Wohnen ist ein Menschenrecht und Teil der Daseinsvorsorge wie Nahrung, sauberes Wasser und Bildung. Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Nicht nur in Großstädten steigen die Mieten rasant: Immer mehr Menschen müssen mehr als 30% ihres Haushaltseinkommens für die Kaltmiete ausgeben. Besonders Menschen mit geringen Einkommen bleibt so nur noch wenig Geld zum Leben übrig. Seit dem Jahr 2000 hat sich landesweit die Zahl der Sozialwohnungen fast halbiert. Um allen Menschen in unserem Landkreis gutes und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen wollen wir



- ▶ festlegen, dass bei Neubauprojekten Wohnraum zu mindestens 30% als sozialer Wohnungsbau oder mit vergleichbar günstigen Mieten erreicht wird.
- ▶ als Ersatz für auslaufende Sozialbindungen gezielt Belegungsrechte im Wohnungsbestand ankaufen, um auf diese Weise weiterhin preisgebundenen Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.
- ▶ der Umwidmung von Wohnraum in Ferienwohnungen oder Wohn- und Gewerberäume durch eine Zweckentfremdungssatzung entgegenwirken. Was Wohnraum ist muss Wohnraum bleiben.
- ▶ eine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft gründen (ggfs. auch gemeinsam mit den Nachbarkommunen), die durch den verstärkten Bau von preisgebundenem Wohnraum oder den Kauf von Wohnungen aus dem Bestand Menschen mit geringem Einkommen mit ausreichend Wohnraum versorgt und sich zudem preisdämpfend auf den Mietwohnungsmarkt auswirkt.
- ▶ uns dafür einsetzen, eine kommunale (regionale) Wohnungstauschplattform ins Leben zu rufen, um einerseits Menschen mit inzwischen geringerem Wohnraumbedarf (z.B. Menschen deren Kinder aus dem Haus sind) den Tausch ihrer Wohnung mit Haushalten mit gestiegenem Wohnraumbedarf zu fixen Konditionen zu ermöglichen. Wir wollen die Wohnungsbaugesellschaften und privaten Vermieter*innen dazu gewinnen, sich dem nicht zu verschließen.
- ▶ ein Förderprogramm zur Unterstützung privater Hausbesitzer*innen beim Ausbau bisher ungenutzter Dachräume auflegen.

Abfallwirtschaft

Wir GRÜNE streben die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung an, gegebenenfalls auch mit einem kommunalen Partner wie dem Abfallzweckverband Celle. Eine Abfallentsorgung in kommunaler Hand bietet viele Vorteile, darunter beispielsweise

- ▶ die Möglichkeit zur Definition von Standards in Bezug auf die verwendeten Fahrzeuge, die Gestaltung von Arbeitsplätzen oder aber auch die energetische Bilanz der Gebäude und verwendeten Betriebsmittel.
- ▶ eine langfristige Gebührensicherung. Aktuell besteht die Gefahr einer Bildung von Monopolstrukturen und damit perspektivisch steigende Gebühren für die Bürger*innen im Rahmen der Abfallentsorgung.
- ▶ kommunaler Einfluss auf alle relevanten Entscheidungen in Bezug auf die Abfallentsorgung.



Bildung ist die Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und ihm optimale Bildungschancen bereitgestellt werden. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, die Stadt/der Landkreis stehen als Schulträger aber in der Verantwortung für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass

- ▶ das Angebot an hochwertigen Kita- und Krippenplätzen weiterhin zügig und bedarfsgerecht ausgebaut wird. Dies umfasst auch eine Betreuung zu jeder Tageszeit (24-Stunden-Kita).
- ▶ alle Sekundarschulabschlüsse ortsnah möglich sein sollen.
- ▶ Kitas eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Erzieher*innen haben; angesichts des massiven Fachkräftemangels müssen unsere Kitas deshalb ein attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu gehören u.a. gut ausgestattete Personalräume und weitere Vergünstigungen für die Mitarbeiter*innen.
- ▶ die Einstellung von Fachpersonal für ökologische Bildung an den Schulen gewährleistet sein muss und finanzielle Mittel für Bildungsarbeit im Bereich Ökologie und der außerschulischen Lernorte bereitgestellt werden.
- ▶ in Zusammenarbeit mit unseren außerschulischen Lernorten das Umweltbewusstsein und die Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Kitas und Schulen gestärkt werden.
- ▶ unsere Schulen endlich saniert und neugestaltet werden. Wir setzen uns dabei für eine lernfördernde, kinder- und jugendgerechte Ausstattung der Räume sowie der Außenanlagen ein. Inklusives und barrierefreies Lernen muss grundsätzlich in allen Kitas und Schulen möglich sein. Zudem müssen die Schulen für einen gebundenen Ganztagsunterricht ausgestattet sein – dazu gehören u.a. Räumlichkeiten, in denen die Schüler*innen ein gesundes Mittagessen einnehmen und sich während der Mittagspause aufhalten können.
- ▶ die Schülerbeförderung flexibler wird. Die Kilometergrenzen werden abgeschafft. Für die Fahrten wird eine Belegung mit max. 50% der Stehplätze kalkuliert. Fahrten zu außerschulischen Lernorten und für die Kooperation von Schulen werden unterstützt. Die Schülertickets sind unentgeltlich und außerhalb der Schülerbeförderung nutzbar.
- ▶ wir Schulen zum Wohlfühlen haben. Pausenhöfe sind passgenau für die unterschiedlichen Bedürfnisse anzupassen. Besonders dem Bewegungsdrang jüngerer Schüler*innen der Sekundarstufe I muss hier Rechnung getragen werden. Klettergerüste und Bolzplätze müssen zum Standard auf Pausenhöfen werden. Die Ausstattung der Fachräume und Sporthallen wird alle 5 Jahre bewertet und angepasst, auch auf Non-School-Bereiche wird geachtet.
- ▶ die Schulen mit CO₂-Messgeräten und Lüftungsgeräten angemessen versorgt werden.



- ▶ digitales Lernen durch eine zeitgemäße IT-Ausstattung an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen ermöglicht wird. Dazu gehört ein leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassenräumen, ein hochwertiger technischer Support und nicht zuletzt ein Arbeitszimmer für die Lehrer*innen. Die Gelder des Digitalisierungspakts sollen schneller bei den Schulen ankommen. Schulen mit Schwierigkeiten bei der Beantragung erhalten Unterstützung.
- ▶ bei Bedarf Schüler*innen durch die Bereitstellung von technischen Endgeräten unterstützt werden.
- ▶ möglichst regional und ökologisch angebaute Nahrungsmittel bei der Zubereitung der Schulmahlzeiten verwendet werden. Allgemein soll ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen angeboten werden.
- ▶ unsere Schulen Vorzeigemodelle für Umwelt- und Klimaschutz sind und sich entsprechend entwickeln, z.B. bei der Schmutzwassernutzung, Solarthermie und Photovoltaik, ökologischer Sanierung, Baumpflanzungen, Entsiegelung von Parkplatz- und Freiflächen auf dem Schulgelände, Anlage und Unterhaltung von Biotopen und Schulgärten unter pädagogischer Begleitung und aktiver Beteiligung der Schüler*innen. Die hieran beteiligten Schulen erhalten angemessene zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt.
- ▶ der Weg zur Schule und zur Kita sicher ist. Deshalb treten wir innerorts für einen weiteren Ausbau der Tempo 30 Zonen ein.
- ▶ unsere Jugendlichen beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufsbildende Schule oder das Studium besser unterstützt werden. Gemeinsam mit den berufsbildenden Schulen, den Kammern, der Agentur für Arbeit und der Jugendhilfe wollen wir daher die Beratungs- und Unterstützungsangebote bündeln und damit aktiv insbesondere auf Jugendliche mit einem besonderen Unterstützungsbedarf zugehen.
- ▶ unsere berufsbildenden Schulen baulich und vor allem technisch so ausgestattet werden, dass sie den modernen Anforderungen der Digitalisierung gerecht werden; dazu bedarf es entsprechend der digitalen Entwicklung berufsbezogene Projekträume, einer modernen Ausstattung mit berufstypischen technischen Geräten und Anlagen und eines hochwertigen technischen Supports.
- ▶ die berufsbildenden Schulen verstärkt zu Orten lebenslangen Lernens werden. Die Digitalisierung fordert von den Beschäftigten, den sich immer schneller verändernden Anforderungen entsprechend weiterzubilden; dafür müssen die berufsbildenden Schulen entsprechend ausgestattet werden,
- ▶ das Angebot unserer Volkshochschule insbesondere im Bereich der Sprachkurse weiterhin bedarfsgerecht auszubauen und Dozent*innen angemessen zu bezahlen,
- ▶ kleinen Kindern die Bewegungsfreiheit in einem sicheren und anregungsreichen Rahmen ermöglicht wird und ihnen somit eine wichtige Förderung zugutekommt. Wir möchten in Gifhorn und woanders das Erleben von Natur ermöglichen und aus Spielplätzen anregungsreiche Treffpunkte für junge Familien und alle Generationen



entstehen lassen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass im Landkreis Gifhorn z.B. Wassererlebnis- und Mehrgenerationen-Spielplätze eingerichtet werden.

Förderung der politischen Bildung

Um demokratiefeindlichen Bewegungen und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken ist es wichtig mit der politischen Bildung bereits im Kindes- und Jugendalter zu beginnen. Dafür ist es erforderlich Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben sich frühestmöglich an kommunalpolitischen Entscheidungen und Prozessen zu beteiligen. Deshalb wollen wir

- ▶ die aktive Mitgestaltung und das Engagement von Kindern und Jugendlichen durch Bereitstellung geeigneter Beteiligungsformen und attraktiver Formate in der Kommunalpolitik ermöglichen.
- ▶ in den Kommunen die Einrichtung von parteipolitisch und konfessionell unabhängigen Kinder- und Jugendbeiräten durchsetzen, welche in die für die Jugend relevanten politischen, planerischen und zukunftsorientierten Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbezogen werden.
- ▶ die Inklusion im Rahmen eines Inklusionskonzepts ausbauen. Förderschulen sollen nur so lange bestehen bleiben, wie sie hinreichend von den Eltern angewählt werden. Das Ziel ist eine inklusive Schule für alle.

Kommunale Sozialpolitik



Es kann teuer werden, sich unseren Sozialstaat nicht zu leisten, denn er garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht bestellt: In kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland – und diese Ungleichheit nimmt weiter zu. Bei uns GRÜNEN wird soziale Gerechtigkeit großgeschrieben. Wir setzen uns für eine gerechte, solidarische und glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für alle ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns die tatsächliche Gleichstellung von Frauen wichtig. Nur eine familienfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen Zusammenleben vor Ort die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass niederschwellige Angebote zur Unterstützung Erziehender umgesetzt werden. Ausreichend und qualitativ gute Kinderbetreuung, flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu. Gleiche Bildungschancen für alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität. Auch in der Jugendförderung wollen wir GRÜNE uns stark machen.

Im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit übernehmen die Kommunen eine zentrale, unverzichtbare Aufgabe gute Bedingungen für das Aufwachsen aller jungen Menschen zu schaffen sowie Zukunftschancen zu gewährleisten. Auch im Landkreis Gifhorn setzen wir uns dafür ein, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken sowie ihre Lebensqualität zu erhöhen. Deshalb machen wir uns stark

- ▶ für den Ausbau und die Förderung von Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sowie die Einrichtung von eigenen Räumen und deren Mitgestaltung.
- ▶ für die Bereitstellung der für eine bedarfsorientierte und qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit notwendigen finanziellen Mittel.
- ▶ für die Schaffung von ansprechenden Beschäftigungsverhältnissen für Fachkräfte der Jugendarbeit, um so Personalfuktuation entgegenzuwirken und somit das Vertrauen zwischen Kommune und Jugend zu stabilisieren.
- ▶ für die Einrichtung von weiteren Familienzentren im Landkreis Gifhorn, um für Familien sowie Kinder und Jugendliche niederschwellige Freizeit- und Beratungsangebote zu schaffen.
- ▶ für die Unterstützung und Stärkung von Ehrenamtlichen im Landkreis Gifhorn.

Wir GRÜNE setzen uns ein für eine freie, eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Bei der Kommunalwahl 2021 kommt es auch darauf an, dass unsere Städte und Gemeinden nicht nach rechts abdriften. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns nichts zu suchen.



- ▶ Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.
- ▶ Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau sowie weitere Qualifizierungsmöglichkeiten der Mitarbeiter*innen von Beratungsstellen für Menschen, die in Not geraten sind, ein. Dazu gehören unter anderem die Arbeitslosen-, Schuldner*innen- und Suchtberatung.
- ▶ Die sozialen Einrichtungen in unserem Landkreis brauchen für ihre wertvolle Arbeit eine verlässliche Förderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Mittel verstetigt und bedarfsgerecht ausgeweitet werden.
- ▶ Die Kommunen haben eine Vorbildfunktion. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsverhältnisse bei den Kommunen und deren Betrieb im vollen Umfang den sozialen Standards entsprechen. Außerdem legen wir Wert auf die Einhaltung der Behindertenquote bei den Beschäftigten.
- ▶ Mobilität ist ein Menschenrecht. Deshalb setzen wir uns für ein Sozialticket im Öffentlichen Personennahverkehr ein.

Wir wollen Sicherheit und Freiheit in Balance bringen, Einwander*innen, Geflüchteten und Asylsuchenden wollen wir eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Der Landkreis Gifhorn muss sich zu einem internationalen und weltoffenen Kreis entwickeln.

- ▶ Wir GRÜNE setzen uns ein für die Weiterentwicklung des Integrationskonzepts. Wir wollen das Netzwerk stärken, indem Geflüchtete, Zugewanderte und Asylsuchende direkt beteiligt werden. Es gilt darum, den Ist-Zustand permanent zu analysieren und Leitziele weiterzuentwickeln.
- ▶ Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Integrationsausschüsse unter Beteiligung von Abgeordneten und Mitgliedern von Ausländer*innen- oder Integrationsräten gebildet werden.
- ▶ Wir wollen das kommunale Wahlrecht nicht auf Dauer nur auf Bürger*innen der EU beschränken, sondern auf alle Personen mit erstem Wohnsitz im Landkreis erweitern. Dafür werden wir uns auch auf der Landesebene einsetzen.
- ▶ Wir brauchen ein Netzwerk für den Einsatz von Integrationslotsen. Wir brauchen eine Integration, die durch begleitende Sozialarbeit unterstützt wird. Wir GRÜNE wollen die vorhandene Kompetenz und Qualifikation von Menschen mit Migrationshintergrund stärken und einsetzen.
- ▶ Im Landkreis Gifhorn brauchen wir dringend dezentrale Unterbringungen von Geflüchteten.
- ▶ Die Rechte und Bedürfnisse von Geflüchteten müssen geschützt und gestärkt werden.

Die Wetterlage in der Silvesternacht 2019 ohne große Luftbewegung hat deutlich gemacht, welche Mengen an Rauch und Feinstaub sich in der Luft befinden. Ab 2021/22 organisieren die Samtgemeinden den Bürger*innen ein alternatives Silvesterschauspiel auf zentralen Plätzen mit dem Ziel, privates Feuerwerk überflüssig zu machen. Diese Feier



soll den Rahmen bilden, gemeinsam friedlich und fröhlich in das neue Jahr zu feiern. Dazu wird eine dem Anlass angemessene Lichter- und Lasershow mit entsprechender Musik angeboten. In kleineren Ortschaften können zusätzlich gemeinsame Feierlichkeiten organisiert werden (Heimatvereine, Feuerwehren, Ortsräte, Bürgertreffpunkte etc.) mit dem Ziel, gemeinsam fröhlich zu feiern. Die Kommunen rufen parallel dazu die Bürger*innen auf, zu Silvester auf Feuerwerkskörper möglichst zu verzichten. Die Verwaltung prüft, in welchen Bereichen Feuerwerk generell nicht zugelassen wird. (z.B. denkmalgeschützte Gebäude, Seniorenheime, Tierheime).

Wir GRÜNE setzen uns für eine kontinuierliche Instandhaltung der kommunalen Bäder - schwerpunktmäßig Freibäder - im Landkreis Gifhorn ein.

Es ist inzwischen leider eine Tatsache, dass immer weniger Menschen, im Schwerpunkt Kinder, noch schwimmen lernen. Im vergangenen Jahr wurden durch die Pandemie Schwimmkurse gar nicht oder nur sehr eingeschränkt angeboten. Die Kinder, die in den Genuss kamen, konnten ihre erlernten Fähigkeiten aber nicht verfestigen. Ertrinken zählt im Kindesalter zu den häufigsten Todesursachen. Abgesehen von dieser aktuellen Situation, ist ein Freibad die einzige Einrichtung in der Gemeinde, die allen Altersgruppen zugutekommt. Ein Freibad bietet eine optimale Möglichkeit der Integration auf vielen Ebenen. Eine Zusammenkunft für Kinder, Jugendliche und ganze Familien. Es bietet die Möglichkeit der Teilhabe am sozialen Leben. Ein Freibad steht für eine familienfreundliche Gemeinde. Deshalb fordern wir GRÜNE, dass jährlich eine konstante Summe im Haushaltsplan für die Instandhaltung und eine kontinuierliche energetische Sanierung der Bäder verbindlich festgeschrieben wird.

Gleichstellungspolitik ist Querschnittsthema

Jeder Mensch ist in seiner Individualität gleich an Würde. Die Bedürfnisse aller Menschen gilt es angemessen zu berücksichtigen. Wir fordern Gendersensibilität als Norm aller politischen Entscheidungen. Deshalb muss immer gefragt werden: Auf welche Zielgruppe eine Maßnahme ausgerichtet ist, ob sie zum Abbau von Benachteiligungen von Frauen und Menschen der LSBTIANQ*-Community¹ beiträgt und ob sie dem Abbau tradierter Rollenmuster entgegenwirkt. Wir setzen uns ein für:

- ▶ Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender, beispielsweise in der Installation eines Runden Tisches, in dem die besonderen Probleme Alleinerziehender in das Blickfeld gerückt und die offensive Aufklärung über Unterstützungsangebote Alleinerziehender initiiert wird.
- ▶ eine Sportförderung, die mehr ist als das Bereitstellen von Bolzplätzen, sondern die auch das Bewegungsbedürfnis von Frauen im Blick hat. Zudem wollen wir kommunale Initiativen gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität anstoßen.
- ▶ die Sicherstellung queerer Angebote in existierenden Jugendstrukturen.
- ▶ kostenfreie Menstruationshygiene-Artikel auf den Toiletten in öffentlichen Gebäuden, Verwaltungen und weiterführenden Schulen.

¹ Lesben, Schwule, Bi*, trans*, inter*, asexuelle, aromantisch und non-binary und queere Menschen



- ▶ eine geschlechtergerechte Sprache in behördlichen Briefen, Vorlagen und Verlautbarungen.
- ▶ eine geschlechtergerechte Personalentwicklung in unseren Kommunen, um die Geschlechtervielfalt auch in der kommunalen Verwaltung abzubilden.
- ▶ eine Verankerung der Lebensrealität von Regenbogenfamilien u.a. bei Jugendämtern und Familienberatungsstellen.
- ▶ die Information kommunaler Träger über queere Lebensweisen und wollen Inklusion u.a. in Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sicherstellen.
- ▶ die Unterstützung des Queeren Netzwerks Gifhorn. Dieses will in Gifhorn ein Haus der Vielfalt aufbauen und benötigt bei diesem Vorhaben angemessene Unterstützung, auch in Form von finanziellen Mitteln. Dabei wollen wir uns für eine langfristige finanzielle Absicherung des Projektes einsetzen.
- ▶ die Durchführung eines CSDs in Gifhorn, in Zusammenarbeit mit den queeren Initiativen vor Ort.
- ▶ die Erweiterung des Aufgabenfeldes von Gleichstellungsbeauftragten auf LSBTIANQ* bei Erweiterung des Stundenansatzes.
- ▶ die Gewährleistung der Barrierefreiheit des Frauenhauses und aller anderen Schutzeinrichtungen sowie deren bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung.
- ▶ eine Bewusstseinsbildung zu stereotypischen Rollenbildern über alle Altersklassen hinweg. Die Sensibilisierungskampagnen gegen Geschlechterstereotypen mit dem Ziel „mehr Frauen in die Feuerwehr, mehr Männer in die KITA“ müssen bereits im Kindergarten starten.
- ▶ die Unterstützung von queeren Geflüchteten vor Ort unter Berücksichtigung von Intersektionalität.



Eine moderne Verwaltung muss Dienstleisterin und Partnerin der Bürger*innen sein. Dazu muss sie personell und technisch gut ausgestattet sein. Moderne Verwaltung steht für Bürgernähe, kurze Wege, höhere Qualität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse. Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten der Digitalisierung an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung soll besser, dynamischer, niederschwelliger und bürger*innennäher werden. Der digitale Behördengang muss durch seine Ausgestaltung für möglichst alle Menschen beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleitungen unserer Kommunen auch weiterhin in vollem Umfang analog zur Verfügung stehen.

- ▶ Obwohl bereits beschlossene Sache, kommt die Digitalisierung der Behörden nur spärlich voran. Hier wollen wir Klarheit schaffen und die Umstellung schleunigst vollziehen. Die Möglichkeit, Behördengänge über das Internet abzuwickeln, ist nur spärlich im Kreis vorhanden und soll in Zukunft deutlich erweitert werden. Auch digital geführte Sprechstunden sind mittlerweile ein Ding des Möglichen und sollen in Angriff genommen werden. Die Nutzungsmöglichkeiten des elektronischen Personalausweises, ggfs. zukünftig auch in Form eines mobilen Ausweises auf dem Smartphone, sollen voll ausgeschöpft werden. Der Aufbau entsprechenden Fachpersonals zur Verwaltung und insbesondere Sicherung der persönlichen Daten aller Bürgerinnen und Bürger ist dabei wichtige Grundvoraussetzung.
- ▶ Wir treten dafür ein, alle bei der Verwaltung vorliegenden Informationen zu nutzen und selbst zu beschaffen, statt den Bürger*innen wie den Unternehmen abzuverlangen, diese immer wieder neu beizubringen.
- ▶ Die Mitarbeiter*innen konsequent für die Aufgaben einer digitalen Verwaltung fortzubilden.
- ▶ Mit einer App wollen wir Informationen zu regionalen Veranstaltungen und Märkten, Hilfs- und Unterstützungsangeboten, Adressen von Vereinen und Unternehmen zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, Termine bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen zu buchen.
- ▶ Unsere Kommunen haben eine Vorbildfunktion auch bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Deshalb treten für die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards ein. Waren und Dienstleistungen, die in der Region verfügbar sind, sollen prioritär auch regional eingekauft werden.
- ▶ Die Gleichberechtigung von Frauen muss auch in unserer Verwaltung hohe Priorität haben. Mindestens 50% der Führungspositionen unserer Verwaltung müssen deshalb mit Frauen besetzt werden.
- ▶ Die Bürger*innen haben ein Anrecht auf größtmögliche Transparenz politischer Entscheidungen. Öffentliche Sitzungen der Räte, Ausschüsse und anderer öffentlicher Gremien sollen daher künftig im Internet gestreamt werden.



- ▶ Sobald rechtlich umsetzbar, unterstützen wir, dass in Zukunft auch weiterhin Videokonferenzen auf der Kommunal- und Landesebene stattfinden können.

In den letzten Jahren hat sich unsere repräsentative Demokratie gerade im kommunalen Bereich verändert. Der Wunsch nach direkter Beteiligung der Bürger*innen ist gewachsen, immer mehr Kommunen haben bereits Erfahrung mit Runden Tischen und Bürgergipfeln. Hierbei handelt es sich um informelle Formen der Beteiligung. Darüber hinaus gibt es weitere Elemente direkter Demokratie wie den in Braunschweig seit mehreren Jahren praktizierten Bürger*innenhaushalt oder die im Kommunalrecht vorgesehenen Bürger*innenbegehren und -entscheide. Es stellt sich die spannende Frage, wie dieser Prozess im Spannungsfeld von berechtigtem Mitwirkungswunsch einerseits und den Rechten gewählter Mandatsträger*innen sowie Aufgaben der Verwaltung andererseits zum Wohle der Demokratie weiterentwickelt werden kann und muss.

Ein paritätisch besetzter Arbeitskreis aus Gemeinderäten, Verwaltung und Bürger*innen erarbeitet einen Leitfaden, der perspektivisch vom jeweiligen Rat verabschiedet und in die Kommunalverfassung übernommen wird. In diesen Leitfaden fließen auf den Ebenen Information, Mitwirken und Mitentscheiden auch Möglichkeiten der E-Partizipation ein. Ein besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet, bereits Jugendliche und Kinder angemessen an kommunalen Planungen zu beteiligen.



Kommunale Wirtschaftspolitik

Grün ist Wirtschaftspolitik mit Weitblick. Wir GRÜNE stehen für eine vielfältige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Eine Wirtschaft, die bei Umweltproblemen Teil der Lösung statt Teil des Problems ist. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört zwischen Wirtschaft und Umwelt kein „oder“. Der Landkreis Gifhorn ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort und das soll auch so bleiben. Dabei gilt es, Umwelt- und Klimaschutzanforderungen nicht als Hindernis, sondern als Chance dafür zu begreifen, dass Geschäftsmodelle langfristig nachhaltig aufgestellt werden müssen, um neue Märkte zu erschließen. So werden Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort geschaffen und gesichert.

Wir setzen uns für eine verstärkte Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, sowie von Start-Ups, insbesondere bei innovativen Projekten, Digitalisierungsvorhaben und beim Aufbau neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze ein. Unser Landkreis soll grüner werden. Wir wollen für mehr Lebensqualität sorgen und damit zu einer Attraktivitätssteigerung für alle im Landkreis beitragen.

- ▶ Schnelles Internet ist einer der wichtigsten Standortfaktoren unserer Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns für einen zügigen Ausbau des Glasfasernetzes wie auch leistungsfähiger Mobilfunknetze ein. Systemrelevante öffentliche Einrichtungen, wie beispielsweise Schulen, Kitas und Kliniken, müssen bedingungslos Glasfaseranschlüsse erhalten. Nur so lassen sich netz- bzw. digitalpolitische Maßnahmen in den Ressorts Bildung, Gesundheit u.v.m. verwirklichen. Flickenteppiche und Versorgungslücken durch Reviervergabe an höchstbietende Privatdienstleister sind in Zukunft zu vermeiden. Gleiches Netz für alle!
- ▶ Digitalisierung ist mehr als eine schnelle Internetverbindung. Deshalb setzen wir uns für eine stärkere Unterstützung kleiner Unternehmen bei der konkreten Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben ein.
- ▶ Die Corona-Pandemie hat das mobile Arbeiten massiv beschleunigt, aber nicht jede*r möchte dauerhaft in den eigenen vier Wänden arbeiten. Um wohnortnahe Arbeiten zu ermöglichen, wollen wir (wohnortnahe) Co-Working-Zentren einrichten, die technisch modern ausgestattet sind und mit einer hohen Aufenthaltsqualität die Kreativität fördern.
- ▶ Der stationäre Einzelhandel gerät auch in unserem Landkreis durch den rasant wachsenden Online-Handel unter Druck. Wir wollen daher den Aufbau einer regionalen Online-Plattform fördern, damit auch unsere inhabergeführten örtlichen Einzelhändler*innen ihre Kundschaft online informieren und von der Kombination aus digitaler Information, Beratung vor Ort und schneller Verfügbarkeit der Ware profitieren können. Einzelhändler*innen sowie Erzeuger*innen, die dieses Potential bereits ausschöpfen, verzeichnen einen spürbaren Anstieg des Kundenverkehrs. Gemeinsam mit Vertretern von Handel und Wirtschaft möchten wir uns stark machen für eine Plattform zur Bündelung dieser Lösungen auf einer Webseite; eine Startseite für lokale Handelsgeschäfte und Erzeuger*innen in Gifhorn und Umgebung. Bereits



vorhandene Lösungen für Gifhorn erhalten unsere volle Unterstützung und sollten langfristig auf einer gemeinsamen Plattform für den gesamten Landkreis Gifhorn zusammengefasst werden.

- ▶ Die Menschen kaufen vor allem dann vor Ort ein, wenn sie darin einen Mehrwert erkennen. Auch deshalb wollen wir die Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt steigern. Auch Unverpackt-Läden oder Zero-Waste-Zentren mit Repair-Cafe gehören in die Innenstadt.
- ▶ Wochenmärkte spielen in vielen Städten und Gemeinden eine zentrale Rolle im Rahmen der Lebensmittelversorgung mit regionalen Produkten durch kleinere Händler. Solche Märkte sind eine Bereicherung für die Region und die Lebensqualität. Es gilt Räume für Märkte zu schaffen und die Marktzeiten in die kommunale Terminplanung zu integrieren.
- ▶ Wir setzen uns dafür ein, jungen Start-Ups vor allem aus der Digital- und Kreativwirtschaft Innovationskapital zu günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.
- ▶ Die Sicherung von Fachkräften wird zunehmend zu einem bedeutsamen Standortfaktor. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit den Kammern, den berufsbildenden Schulen, den Hochschulen und den regionalen Bildungsträgern für eine systematische Erfassung der Bedarfe der örtlichen Wirtschaft und die Etablierung entsprechender Aus- und Fortbildungsangebote ein. Außerdem gehören eine gute öffentliche Infrastruktur, ein breites kulturelles Angebot und nicht zuletzt eine intakte Umwelt zu den wesentlichen Faktoren, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.
- ▶ Die Flächen sind begrenzt und dürfen nicht weiter versiegelt werden. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für den sparsamen Umgang auch mit den gewerblich genutzten Flächen ein. Wir wollen ein Gewerbeflächenmanagement, das in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen auf einen sparsamen Umgang mit der Fläche setzt, statt sich mit vermeintlich attraktiven Ansiedlungsangeboten gegenseitig zu unterbieten.



Die Corona-Pandemie stellt(e) gerade die Kommunen vor große finanzpolitische Probleme. Unsere wichtigste Einnahme - die Gewerbesteuer - ist extrem konjunkturabhängig und aufgrund der aktuell wirtschaftlich sehr schweren Lage massiv eingebrochen. Ähnlich die Situation bei der Einkommensteuer: Steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben dazu geführt, dass auch die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus der Einkommensteuer massiv zurück gegangen sind. Auch fehlende Gebühreneinnahmen aus Verwaltungsleistungen machen sich negativ bemerkbar.

Gleichzeitig sind pandemiebedingt die Ausgaben gestiegen: Fehlende Einnahmen aus der geringeren Nutzung von öffentlichen Einrichtungen müssen ausgeglichen werden. Aufgrund der steigenden Zahl von Menschen, die wegen fehlender Einnahmen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sind auch die Sozialausgaben gestiegen. Gleichzeitig verursacht die Pandemie höhere Aufwendungen der laufenden Verwaltung.

Die Corona-Krise hat die hohe Bedeutung einer gut ausgestatteten öffentlichen Verwaltung sehr deutlich gemacht. Das betrifft längst nicht nur die Gesundheitsämter, die plötzlich dafür verantwortlich waren, Kontakte vieler Infizierter nachzuverfolgen, Quarantänemaßnahmen zu verhängen und zu beraten. Außerdem sind die Defizite der öffentlichen Infrastruktur sehr deutlich geworden: Digitaler Unterricht für unsere Schüler*innen war nicht nur deshalb ein Problem, weil zuhause kein schnelles Internet verfügbar ist, sondern auch weil die Schulen dafür technisch nicht ausgestattet waren und sind. Auch die baulichen Mängel unserer Schulen waren und sind ein großes Problem.

Wir wollen finanzpolitisch stets den Blick in die Zukunft richten. Investitionen müssen:

- ▶ vorausschauend zur besseren und gezielten Bewältigung zukünftiger Krisen,
- ▶ zukunftssicher zur Prävention gegen selbstgemachte Krisen und Konflikte,
- ▶ nachhaltig in Hinblick auf Natur, Umwelt und Klima sowie
- ▶ generationengerecht für uns und kommende Generationen von Bürgerinnen und Bürgern

gestaltet werden.

Die Kostengestaltung entlang des gesamten Investitionszeitraums soll dabei eine wichtige Richtschnur sein. So sollen weder die heutigen noch die kommenden Generationen übermäßig durch unser heutiges Handeln belastet werden. Kommende Generationen müssen in der Lage sein können, den Geldfluss flexibel und bedarfsgerecht steuern zu können, um auf die wichtigen Fragen der Zukunft Antworten liefern zu können.

Wichtigste zukunftsweisende Investitionen, die schon heute absehbar sind, sind Investitionen für Bildung, soziales Leben in der Kommune, Erhalt der Umwelt, digitale Infrastruktur und Klimaschutzmaßnahmen. Diese haben bei der Planung zukünftiger Kommunalhaushalte entsprechend Vorrang bzw. werden verstärkt berücksichtigt.

Der Investitionsbedarf in unserem Landkreis in eine gute öffentliche Infrastruktur, in eine funktionierende öffentliche Verwaltung und in den sozialen Zusammenhalt ist riesig. Wir GRÜNEN lehnen es daher ab, der Krise hinterher zu sparen. Durch kommunale Sparpolitik werden wir die fehlenden Einnahmen nicht kompensieren können. Stattdessen wollen wir



die notwendigen Maßnahmen baldmöglichst umsetzen. Wir fordern den Bund und das Land Niedersachsen daher auf, die dafür erforderlichen Finanzmittel bereit zu stellen.

Zudem fordern wir

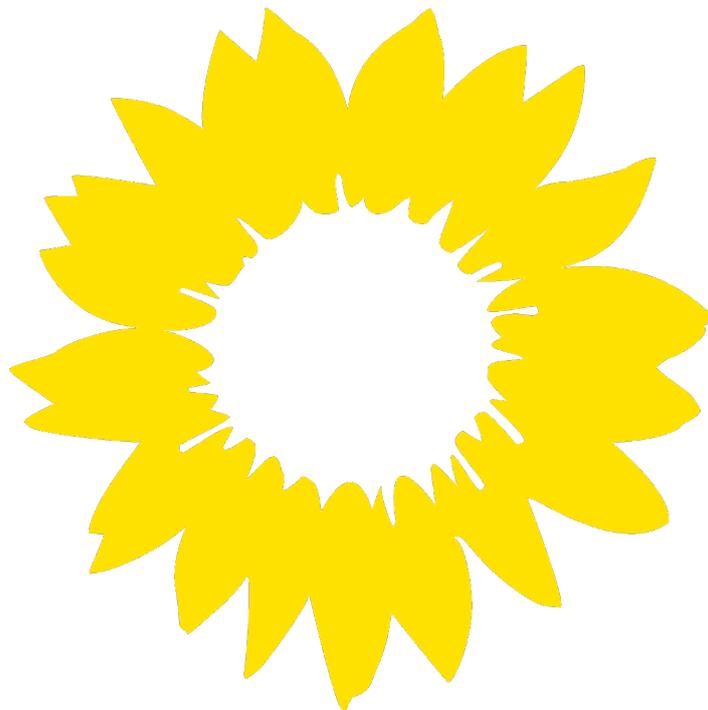
- ▶ im Landkreis einen interkommunalen Finanzausgleich zwischen einnahmenstarken und einnahmeschwächeren Kommunen zu schaffen.
- ▶ die von der Kommune festzusetzenden Vergnügungssteuersätze für Geldspielautomaten bis zur Obergrenze auszuschöpfen.
- ▶ sämtliche Möglichkeiten zur Einsparung von Energiekosten durch energiesparende Investitionen zu nutzen.
- ▶ dass das Land entsprechende Rahmenverträge mit Kreditinstituten abschließt, um bessere Konditionen für die kommunale Kreditaufnahme zu bekommen.
- ▶ auf die Privatisierung kommunaler Angebote zu verzichten, da diese nur vordergründig Einsparungen bringen und in der Regel mit schlechteren Standards für die Mitarbeiter*innen einher gehen.
- ▶ dass der Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung kein Dogma sein darf, vielmehr hat der Abbau des kommunalen Investitionsstaus im gesamten Landkreis Vorrang. Nur so sind schwarze Zahlen im Haushalt nachhaltig realisierbar.

Unterstützung von Kultur, Sportvereinen u.a. werden zunehmend aus der örtlichen Verantwortung heraus und auf den Landkreis verlagert. Dieser Trend muss gestoppt werden. Gerade auf örtlicher Ebene sehen die Bürgerinnen und Bürger, wofür sie die kommunalen Steuern bezahlen. Bürger*innennahe Beziehungen vor Ort gehen in der Kreisbürokratie verloren.

Für die Anlage von Kunstrasenplätzen sollen weder im Landkreis noch in den Gemeinden öffentliche Finanzmittel eingesetzt werden.

Wir fordern zudem stabile Grund- und Gewerbesteuerhebesätze, unter dem Vorbehalt der vom Landesgesetzgeber zu beschließenden neuen Einheitswertgesetzgebung.

Die Klimakrise wartet nicht.



Am 12. September GRÜN wählen!



Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Gifhorn
Steinweg 60
38518 Gifhorn

www.gruene-gifhorn.de
info@gruene-gifhorn.de

V.i.S.d.P. Sebastian Werner

